

Nichts geht mehr

US-Landwirte im Strudel von Zöllen und administrativem Chaos

In der ersten Aprilwoche richteten Unwetter schwere Schäden in den Südstaaten und im Mittleren Westen der USA an. Mehr als 90 Tornados fegten über das Land, und Regenfälle von bis zu 35 Liter pro Quadratmeter innerhalb weniger Stunden führten zu heftigen Überschwemmungen von Ohio und Indiana im Norden bis Kentucky, Tennessee und Alabama im Süden. Mindestens 25 Menschen kamen ums Leben.

Aber es war der „Handels-Tornado“, den Präsident Donald Trump mit seiner Ankündigung von weltweiten Zöllen entfesselte, der auch in den USA die Schlagzeilen dominierte. Die Folgen von Trumps Zollpolitik sind Konfusion und Unsicherheit. Landwirte und landwirtschaftliche Verbände sind konsterniert und ratlos. Ein Drittel aller US-Agrarprodukte gehen in den Export, bei Sojabohnen sind es sogar 60 Prozent. Einer der wichtigsten Abnehmer ist China, das vor einem eskalierenden Handelskrieg nicht zurückzuschrecken scheint. Viele US-Landwirte haben die Lektion aus der Konfrontation mit China aus Trumps erster Amtszeit gelernt und beabsichtigen in diesem Jahr fünf Prozent weniger Sojabohnen und entsprechend mehr Mais anzubauen.

Trump 2.0

Statt US-Soja zu kaufen, wichen die Chinesen 2018 rasch auf Sojaimporte aus Brasilien aus. Um seine Wähler bei Laune zu halten – in ländlichen Gebieten mit intensiver Landwirtschaft erhielt Trump im Schnitt über 70 Prozent der Stimmen – entschädigte er die Landwirte großzügig für die Exportverluste. Viele Farmer machten sogar Gewinne, weil sie nicht nur Ausgleichszahlungen bekamen, sondern Mais und Soja letztendlich zu geringeren Preisen doch verkaufen konnten. Landwirtschaftsministerin Brooke Rollins hat versprochen, auch diesmal für Entschädigungen zu kämpfen, aber ob die Regierung tatsächlich zahlt und in welchem Umfang, ist völlig unklar. Landwirtschaftsorganisationen wie das American Farm Bureau, eine Art US-Bauernverband, sind extrem besorgt. In einem gemeinsamen Brief hatte man Trump bereits vor Wochen gebeten, mit Zöllen zurückhaltend zu sein. US-Landwirte bräuchten nichts so sehr wie sichere Absatzmärkte für ihre Produkte.

Laut Rollins sind rund 70 Länder bereit, neue Handelsverträge abzuschließen, um Zöllen zu entgehen. Selbst wenn



Dunkle Wolken über der US-Landwirtschaft, hier ein Tornadoschaden in South Dakota

Foto: M.Kunz

Trump Zölle temporär aussetzt, die Unsicherheit bleibt bestehen. Handelsabkommen sind kompliziert, zeitaufwendig und der Abbau nicht tarifärer Handelshemmnisse, den Trump erzwingen will, könnte in vielen Fällen zur unüberwindbaren Hürde werden. Die britische Regierung müsste beispielsweise gesetzlich festgelegte Standards für Lebensmittel ändern und den Import von „Chlorhühnchen“ und „Hormonfleisch“ zulassen. Ein solcher Schritt würde auf heftigen Widerstand bei Verbrauchern, Industrie und Landwirten treffen und ist politisch kaum durchsetzbar.

„Wir brauchen Märkte“

Das Entwicklungshilfeministerium USAID war das erste Opfer des radikalen Angriffs von Elon Musk und Doge, der „Abteilung für Regierungseffizienz“. Das Ministerium wird derzeit „abgewickelt“, alle Zahlungen wurden gestoppt – und das hat weitreichende Konsequenzen für US-Landwirte: Bisher kaufte USAID jährlich Produkte wie Weizen, Sorghum, Mais und Reis im Wert von zwei Milliarden Dollar ein. In Louisiana beispielsweise nahm USAID jedes Jahr drei bis fünf Prozent der gesamten Reisernte ab.

In Sachen Umwelt und Ernährung haben sich die Zielsetzungen ebenfalls völlig verändert. Im Sommer 2022 trat der vom damaligen Präsidenten Joe Biden initiierte Inflation Reduction Act (IRA) in Kraft, ein milliardenreiches Programm, mit dem nach dem Ende der Pandemie die Wirtschaft angekurbelt werden sollte. Gefördert wurden Investitionen in Solar- und Windenergie, Umweltschutzmaßnahmen und „klimafreundliche“ Landwirtschaft mit der Zielsetzung, lokale Nahrungsmittelsysteme zu stärken und kleine und mittelgroße landwirtschaftliche Be-

triebe zu unterstützen. Food Banks, entsprechend der „Tafeln“ in Deutschland, und Schulen bekamen Zuschüsse in Höhe von einer Milliarde Dollar, um frische Produkte von lokalen landwirtschaftlichen Betrieben zu kaufen. Die Trump-Regierung hat sämtliche dieser Mittel gestrichen, Lieferverträge sind hinfällig.

Verträge nichts mehr wert

Ebenfalls über IRA bekamen Landwirte Fördermittel für die Installation von Solaranlagen und Windturbinen, für Agroforstanlagen, für Zäune und Wassertröge, für besseres Weidemanagement, die Umstellung auf pfluglose Landwirtschaft, die Reduzierung von Nitratreinträgen in Gewässer und vieles mehr. Die Trump-Regierung hat inzwischen die Auszahlung dieser Mittel gestoppt. Landwirte bleiben nicht nur auf den Kosten sitzen, viele können die Rechnung für geleistete Arbeiten nicht zahlen, was wiederum die Vertragsfirmen in finanzielle Schwierigkeiten bringt. Insgesamt geht es um etwa 20 Milliarden Dollar.

Mitte März klagte die gemeinnützige Organisation Earthjustice zusammen mit drei anderen Organisationen im Namen von fünf LandwirtInnen gegen das US-Landwirtschaftsministerium USDA auf Einhaltung geltender Verträge und die Auszahlung der Fördermittel für bereits erbrachte Leistungen. Der Fall wird den Weg durch die Instanzen gehen und das kann oft Jahre dauern.

USDA hat inzwischen mitgeteilt, dass LandwirtInnen 30 Tage Zeit haben, um bereits bewilligte Anträge auf Fördermittel nachträglich so umzuformulieren, dass sie den Zielsetzungen der Trump-Regierung entsprechen. Priorität habe jetzt die Förderung fossiler Brennstoffe – selbst mit viel Phan-

tasie lässt sich ein Antrag für Solarpanels wohl kaum entsprechend umschreiben.

Keine Ansprechpartner mehr

LandwirtInnen, die sich derzeit hilfesuchend an die USDA-Landwirtschaftsberater vor Ort wenden, haben schlechte Karten. Rund 20 Prozent aller Stellen wurden gestrichen und die Mitarbeiter von einem Tag auf den anderen fristlos entlassen. Bevor er seinen Schreibtisch räumte, schrieb einer von ihnen, Alexander R. Morgan, seines Zeichens USDA Outreach Coordinator in North Carolina, einen Brief an die Farmer, mit denen er über Jahre zusammengearbeitet hatte. Er listete die Konsequenzen der Streichung von Stellen und Mitteln auch für die Forschung auf: „Die maßgeblichen Forschungsstellen an landwirtschaftlichen Universitäten, die zur Entwicklung von besserem Saatgut, Maschinen und globalem Marktzugang beitragen, wurden geschlossen. (...) All das betrifft nicht nur North Carolina, sondern es ist Teil einer landesweiten Strategie, die das gesamte amerikanische Landwirtschaftssystem betreffen wird.“

Erste Folgen zeichnen sich auch für die Nahrungsmittelsicherheit ab: Angesichts der zahlreichen Infektionen mit Vogelgrippe H5N1 in Milchviehherden sollte ein Netzwerk von 40 staatlichen Veterinärlabors und privaten Einrichtungen landesweit Milchproben analysieren, um die Prävalenz und mögliche Gefährdung für die menschliche Gesundheit frühzeitig zu erkennen. Dieses Monitoring findet nun nicht mehr statt – die notwendigen Mittel wurden gestrichen und hunderte Mitarbeiter in Schlüsselpositionen gefeuert.

Marianne Landzettl,
freie Journalistin